

Altschuldenregelung der Landesregierung: Ein großer Bluff!

Mit großem Medienbohrei hat die CDU/Grüne-Landesregierung Ende Juni eine längst überfällige „Altschuldenregelung“ angekündigt. Überfällig, weil viele kommunale Haushalte wie auch Solingen - mit fast 600 Mio. € - chronisch überschuldet sind ohne jede Chance, das auszugleichen. Denn Bund und Landbürden den Gemeinden ständig neue Aufgaben auf, ohne für die Kosten gerade zu stehen. All die schönen Worte vom „großen Wurf“ sind jedoch ein „großer Bluff“: Denn bezahlen sollten diese „Altschuldenregelung“ letztlich wieder die Kommunen: durch weniger steuerliche Zuwendungen vom Land künftig in gleicher Höhe! Ein billiger Taschenspielertrick!

Vor allem aber wollte die Landesregierung die Hälfte der Schulden auch nur übernehmen, wenn die andere Hälfte die Bundesregierung bezahlt. Bundeskassenwart Lindner (FDP) will aber nicht! Also machte die Landesregierung am 22. August wieder einen Salto mortale: Es gibt doch nichts. „Mortale“, also tödlich für die Kommunen - aber auch für das Ansehen der CDU-Grünen Regierung!



Wir fordern:

- Schluss mit dem schon Jahre nervenden Schwarze-Peter-Spiel zwischen Bund und Land auf Kosten der Kommunen!
- Tragfähige Altschuldenregelung auf Kosten von Land und Bund - aber auch von Banken und Sparkassen. Mit den kommunalen Schulden von 31,3 Mrd. machen sie seit Jahren horrende Gewinne.
- Dauerhafte auskömmliche kommunale Finanzausstattung! Die Haushalte von Bund und Land müssen zugunsten der Kommunen umgeschichtet werden - statt zig Milliarden für Rüstung und Subventionen für die Großkonzerne!



Der Kampf zum Erhalt und zur Verbesserung der kommunalen Daseinsfürsorge wird alle Bürgerinnen und Bürger in der nächsten Zeit vor große Herausforderungen stellen. Der Haushalt 2024 steht vor einer Zerreißprobe: mit gravierenden Folgen für das Personal der Stadt, die Sauberkeit der Parkanlagen, die Kita-Gebühren, den ÖPNV, die Versorgung von Flüchtlingen, den Wohnungsbau...

Kampf für einen auskömmlichen kommunalen Haushalt 2024!



Schließung Lukas Klinik noch dieses Jahr?

Ende Juni meldete die katholische K-plus-Gruppe Insolvenz im Schutzschirmverfahren in Eigenverwaltung an für die 3 Krankenhäuser Lukas-Klinik in Ohligs, für St. Josef in Haan, St. Josef in Hilden sowie das Inklusionsunternehmen Genesis. Betroffen sind 1400 Mitarbeiter, davon 500 in der St. Lukas Klinik. Ursache der Insolvenz ist in erster Linie eine skandalöse Gesundheitspolitik in ganz Deutschland: Das Gesundheitswesen wird mehr und mehr alleine am Maximalprofit ausgerichtet, statt an einer wohnortnahen guten Gesundheitsversorgung. SOLINGEN AKTIV hat schon mehrfach gegen diesen Skandal protestiert. Die anderen Solinger Parteien und gesellschaftlichen Kräfte halten sich bedeckt. Umso mutiger war darum die Protestaktion des Verdi-Senioren-Ortsvereins Solingen am 29. August vor der Lukas-Klinik (siehe foto). Der Kampf um die Arbeits- und Ausbildungsplätze und eine wohnortnahe gute Versorgung durch die Lukas-Klinik muss weitergehen!